

**A N F R A G E** von Adrian Bergmann (SVP, Meilen)

betreffend Mit Disziplin gegen steigende Gewalt im Schulbetrieb

---

Wie einer kürzlichen Medienmitteilung der Bildungsdirektion entnommen werden kann, werden über 100 Schüler pro Jahr im Kanton Zürich von der Schule weggewiesen. Trotzdem mehren sich in jüngster Zeit die Vorkommnisse an unseren Schulen, bei denen Schüler einen geregelten Schulbetrieb stören oder sogar verunmöglichen. Selbst vor Gewaltanwendung gegenüber Mitschülern und Lehrern schrecken gewisse Schüler an unserer Volksschule nicht mehr zurück.

Aktuell ist gegenwärtig auch der Fall aus der Westschweiz, indem Schüler ihren Lehrer verprügelt haben. Das ist aber kein Einzelfall. Verschiedene Lehrer bestätigen diese Entwicklung. Drohungen gegenüber Lehrkräften sind heute möglich, ohne dass Sanktionen zu erwarten sind. Bei gewissen Schülern, ist jeglicher Respekt gegenüber Lehrpersonen verloren gegangen. Lehrerinnen werden oft rüpelhaft angegangen, mit der Begründung, dass im eigenen Kulturkreis die Frau nichts zu sagen habe. Lehrpersonen müssen je länger je mehr Zeit für erzieherische Massnahmen aufbringen. Zeit die dann für den eigentlichen Auftrag, das Unterrichten und Fördern der Kinder, fehlt. PISA lässt grüssen.

208/2005

Ich bitte den Regierungsrat, zu den folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Ist dem Regierungsrat dieses Problem der zunehmenden Verrohung an unseren Schulen bekannt?
2. Wie lässt sich ein Schulausschluss mit der obligatorischen Schulpflicht vereinbaren?
3. Haben die Verantwortlichen auf allen Stufen nicht mehr den Mut und den Rückhalt, einen geregelten Schulbetrieb und Ordnung durchzusetzen und weichen deshalb auf das bequeme Mittel des Schulausschlusses aus?
4. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass ein zusätzlicher mutiger Handlungsbedarf besteht, damit zukünftig ein geregelter Schulbetrieb an unseren Schulen sichergestellt werden kann?
5. Was gedenkt der Regierungsrat angesichts der Gefahr der steigenden Gewaltanwendung an unseren Schulen zu unternehmen?
6. Ist der Regierungsrat bereit Massnahmen zu treffen, falls weiterhin Lehrerinnen mit der Begründung rüpelhaft angegangen werden, die Frau habe in der eigenen Kultur sowieso nichts zu sagen?
7. Ist der Regierungsrat bereit, die Lehrpersonen mit der Disziplinarstrafkompetenz auszurüsten, um den Lehrern ein Mittel in die Hand zu geben, mit dem sie der zunehmenden Verrohung wirksam entgegentreten können?

Unser Rechtssystem gerät immer mehr in Schiefelage. Mit unterschiedlichem Gewicht wird geltendem Recht zum Durchbruch verholfen. Um nur drei Beispiele zu nennen:

- Akribisch werden Verkehrssünder aufgespürt und grosse Teile der Bevölkerung mit Bussen bestraft.
- Vergehen gegen das Eigentum werden als Kavaliersdelikt eingestuft.
- Das Eintreiben von Gläubigerforderungen bedarf grosser Ausdauer.

Immer mehr Kräfte werden für die Massenbestrafung der Autofahrer eingesetzt, während bei anderen Rechtsvergehen das Personal und der Durchsetzungswille fehlt.

Auch für die Durchsetzung eines geregelten Schulbetriebs fehlen oft Wille und rechtliche Mittel. Obwohl man die Bildung als den Rohstoff unseres Landes betrachtet, betreibt man für die Betreuung dieser sich nicht an die Ordnung haltenden Schüler einen immer grösseren Aufwand. Ein erhöhter Aufwand der sich nicht im Anstieg des Bildungsniveaus niederschlägt. Eine antiautoritäre Verluderung, hat via Lehrerseminar den Weg in die Schulstuben gefunden. Oft sind auch Eltern in der Erziehung überfordert und lassen dem Geschehen freien Lauf.

Viele Einwohner haben von dieser antiautoritären Verluderung nun genug und fordern mehr Disziplin (siehe auch Pressemitteilung Sonntag 12. Juni 2005). Sie haben auch genug, weil davon vor allem jene betroffen sind, die sich anständig verhalten. Deshalb sind die Eltern von sich nicht einordnenden Kindern zur Rechenschaft zu ziehen und allenfalls mit einer Ordnungsbusse zu sanktionieren.

Adrian Bergmann